

**Antrag an die 1. Tagung der 8. Hauptversammlung der Partei DIE LINKE Berlin,
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf, am 17.09.2022**

Antragstellerin: Basisorganisation 20

**Die Hauptversammlung möge beschließen, dass die nachfolgenden
Diskussionspunkte der BO 20 von den Delegierten zur Kenntnis genommen und den
Mitgliedern in den Gliederungen zur Diskussion vorgelegt werden.**

Zu einigen Grundsatzfragen der Strategie und Taktik der Partei Die Linke

- 1 Die Linke muss in ihren Dokumenten und Erklärungen einen deutlichen Unterschied zwischen Visionen bzw. langfristigen Zielen und der jetzt notwendigen praktischen Politik machen. Wir sollten uns in der Linken einig sein, dass nur eine andere, gerechtere Gesellschaftsordnung geeignet ist, die Probleme der Menschheit als Ganzes zu lösen. Wir müssen die Systemfrage stellen, dabei jedoch klarmachen, dass das ein langwieriger Prozess und Kampf ist. Wenn wir uns dazu jedoch nicht eindeutig positionieren, machen wir uns selbst überflüssig.
Gegenwärtig muss es darum gehen, insbesondere im Interesse der Bewahrung des Friedens und der Umwelt und damit des Überlebens der Menschheit eine kontrollierte Marktwirtschaft mit klaren staatlichen Kontrollen und einem staatlichen Sektor für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung anzustreben. Staatliches Handeln muss wieder das Primat erlangen.
- 2 Die Linke muss eine wissenschaftlich fundierte Politik betreiben und sich ausschließlich auf Fakten und wissenschaftliche Erkenntnisse beziehen (derzeit werden häufig unbewiesene Behauptungen als wahr hingestellt!). Wir brauchen eine wissenschaftlich fundierte Analyse und müssen klare Prioritäten setzen.
Eine wesentliche Voraussetzung dazu ist eine umfassende, vor allem politische Bildung.
Wir sollten uns in der Kommunikation nach außen auf Themen konzentrieren, bei denen wir tatsächlich eine entsprechende Sachkompetenz vorweisen können.
- 3 Die Linke muss sich wieder einen „Klassenstandpunkt“ (das eigene Denken und das Erkennen der Zusammenhänge, das Prinzip Ursache und Wirkung etc.) erarbeiten und diesen offensiv vertreten. Sie muss endlich wieder Prioritäten setzen und sich auf die Anliegen der Mehrheit der Bevölkerung (lohnabhängige Beschäftigte inkl. Arbeitslose, Selbständige, Mittelstand, Rentner etc.) konzentrieren. Das bezieht sich auch auf die konkreten sozialpolitischen Forderungen.
Natürlich muss der Begriff der Klassen und des Klassenkampfes auf die heutigen Bedingungen angewandt werden.
Dazu gehört auch, dass sich die Führung der Linken öfter fachlichen Rat einholen und berücksichtigen sollte.
- 4 Oberste Priorität in unserer Politik muss die Sicherung des Friedens und die Souveränität aller Staaten haben. Deutschland ist sehr gut beraten, wenn wir mit allen Völkern und Staaten, die das ihrerseits wollen, gute und für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen unterhalten. Gerade Deutschland (einerseits Exportland, andererseits rohstoffarm) kann auf Dauer nur auf dieser Grundlage erfolgreich bleiben.

- 5 In der Auseinandersetzung mit unseren politischen Konkurrenten und Gegnern muss die Linke wieder ein klares Profil zeigen und deren Methoden, Machenschaften und „Hintermänner“ entlarven. Wir müssen deutlich erkennbarer und offensiver werden und dürfen uns unsere eigenen Leistungen nicht wegnehmen lassen.
- 6 Die Linke sollte nie von vornherein Verantwortung, u.a. Regierungsverantwortung, ausschließen. Maßstab für jedwede Zusammenarbeit müssen dabei aber unbedingt eigene Wertvorstellungen bleiben. Dazu gehört, dass es für die Linke rote Linien geben muss, Überzeugungen, die nicht verhandelbar sind. Dazu gehört:
 - Sicherung des Friedens und der Teilhabe aller an der Gestaltung der Weltpolitik. Das bedeutet auch eine klare Ablehnung des Strebens der USA nach alleiniger Weltherrschaft.
 - Rechtsstaatlichkeit, insbesondere Einhaltung des Völkerrechtes
 - Unzulässigkeit jeglicher Doppelmoral
 - Gleichheit, vor allem Chancengleichheit
 - Diversität
 - Minderheitenrechte
 - Mitwirkung auf Augenhöhe
- 7 Wir brauchen in der Linken offensichtlich parteiinterne Standards, die zumindest von gewählten Parteigremien, von Mandatsträgern etc. einzuhalten sind. Dazu gehört:
 - Keine Personalpolitik und keine Angriffe auf unsere eigenen Genossen in der Öffentlichkeit
 - Unsere Politiker müssen nicht zu jedem Thema etwas sagen, insbesondere nicht, wenn ihnen die fachliche Kompetenz fehlt.
 - Interne Konflikte und Dissense sollten solidarisch diskutiert werden. Hierzu gehört, dass immer zuerst die innerparteiliche Debatte gesucht wird.
- 8 Die Rolle Ostdeutschlands bzw. seiner Bürger muss wieder einen größeren Stellenwert einnehmen. Es muss klargelegt werden, dass die DDR genauso Bestandteil der Geschichte Deutschlands ist wie die BRD. Dazu gehört auch, dass einerseits die Geschichte der DDR und die Leistungen ihrer Bürger wahrheitsgemäß dargestellt werden, andererseits aber auch die Geschichte der BRD sowie Deutschlands als Ganzes aufgearbeitet wird. Das trifft im Übrigen auch auf die Geschichte aller Parteien zu.
- 9 Da sich die Mitgliederzahl unserer Partei erheblich reduziert hat, muss darüber nachgedacht werden, wie wir die Parteiarbeit und unsere Organisation attraktiver gestalten, um neue Mitglieder zu gewinnen. Andererseits müssen andere Formen gefunden werden, wie wir möglichst wieder mehr Bürger erreichen können.

Zu einigen ausgewählten Problemkreisen

- 10 Für die Beurteilung wichtiger Themen in der Politik dürfen wir uns nicht auf eine Einseitigkeit der Betrachtungsweise einlassen. Uns muss es darum gehen, unsere Lebensweise und die Lösungen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in Einklang zu bringen, indem wir die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge im Auge behalten. Nur so können wir breitere Kreise der Bevölkerung erreichen.
- 11 Die BRD muss sich zu einer eigenständigen Außenpolitik im Rahmen eines friedlichen Europas bekennen. Dazu gehört insbesondere eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland und China. Dabei sollte sich Deutschland seiner besonderen Verantwortung gegenüber den Nachfolgestaaten der UdSSR endlich bewusstwerden und viel sensibler mit ihnen umgehen. Die derzeitige Entwicklung erfordert, dass sich die Linke einer einseitigen Verurteilung Russlands enthält und den Schwerpunkt ihrer Kritik auf die Politik der USA, der NATO und im Besonderen auf Deutschland konzentriert, die mit ihrer Politik bereits seit Ende des 2. Weltkrieges diese Situation zu verantworten haben.

Kurzfristig sollten wir fordern, dass die NATO zu dem umgewandelt wird, was sie angeblich sein wollte – ein Verteidigungsbündnis. Dazu gehört auch die drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben mit dem Ziel weltweiter Abrüstung sowie der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen dritter, nicht der NATO angehöriger, Staaten.

- 12 Bei der Beurteilung von Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Energie- und Umweltpolitik, der Verkehrspolitik, der Bau- und Wohnungspolitik etc. müssen wir endlich überall darauf achten, dass nur eine Optimierung aller Prozesse zur günstigsten Lösung führen kann. Das bedeutet, eine Gesamtrechnung von der Planung über die Investition bzw. Beschaffung, den gesamten Betriebsprozess bis zur vollständigen Entsorgung zu erstellen.

- 13 In der Energie- und Umweltpolitik fehlt vor allem eine reale Einschätzung der tatsächlichen Lage. Der Anteil der erneuerbaren Energie, bezogen auf den Gesamtenergieverbrauch, liegt derzeit bei ca. 16,1%. Das wurde in den letzten 30 Jahren erreicht. Die Zielstellung, bis 2035 CO₂-neutral zu werden, ist verständlich, insbesondere auch aus der Sicht der inzwischen auch von der UNO als dramatisch eingeschätzten Lage, jedoch äußerst ambitioniert. Gelingen kann das nur durch ein weltweit komplexes Herangehen und durch Nutzung aller Möglichkeiten. Einen wichtigen Beitrag zur deutlichen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes können dabei Gaskraftwerke leisten. Die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ist deshalb dringend geboten, zumal die Leitung später für den Transport von Wasserstoff genutzt werden kann.
- 14 In der Verkehrspolitik sollten wir uns nicht den einseitigen Forderungen von Lobbyverbänden anschließen. Abgesehen davon, dass der erste Schritt die Reduzierung der Fahrzeugproduktion, insbesondere von besonders umweltschädlichen Fahrzeugen, wäre (allerdings mit erheblichen Folgen für die deutsche Wirtschaft, die wir nicht einfach ausblenden können), wird der Hauptanteil des Schadstoffausstoßes und der Straßenschäden durch den LKW-Verkehr verursacht. Über den spricht jedoch niemand. Außerdem sollten wir berücksichtigen, dass die meisten Menschen nicht auf einen PKW verzichten können (vielleicht auf einen Zweitwagen), wohl aber durch einen verbesserten ÖPNV auf einen Teil der PKW-Fahrten. Generell ist die Kombination der Verkehrsträger Wasserweg – Schiene – Straße in den Mittelpunkt zu rücken.

Begründung:

Wir, die Mitglieder der BO 20 in Berlin-Marzahn-Hellersdorf, sind in tiefer Sorge bezüglich des Zustandes unserer Partei. Die Wahlniederlage zur Bundestagswahl 2021 hat diesen Zustand nur offensichtlich werden lassen. Unsere Sorge ist umso größer, weil wir den Standpunkt von Hans Modrow teilen, dass wir jetzt möglicherweise auf lange Sicht die letzte Chance haben, das Ruder noch herumzureißen. Und wir haben die berechtigte Sorge, dass eine Fortsetzung der jetzigen Politik dazu führen kann, dass die Partei weitere Mitglieder und Wähler verliert.

Die Ereignisse der letzten Monate haben leider dazu geführt, dass sich die Krise unserer Partei weiter drastisch verschärft hat. Die opportunistische Haltung einer Reihe von Spitzenpolitikern und das teilweise Überschreiten von roten Linien gefährdet die Existenz der Partei.

Wir haben uns deshalb entschlossen, Euch einige Gedanken zur weiteren Strategie und dem weiteren Handeln unserer Partei zu übermitteln in der Hoffnung, dass Ihr unsere Sorgen ernst nehmt und die Mitglieder wieder stärker in die politische Arbeit einbindet.

Wir möchten dazu bemerken, dass unsere Gedanken keine systematische Wahlanalyse darstellen sollen. Unsere Gedanken sollen vielmehr dazu beitragen, eine langfristige und erfolgreichere Strategie und Taktik unserer Partei zu entwickeln. Aus verständlichen

Gründen kann unser Beitrag auch kein in sich geschlossenes Dokument sein und erhebt schon gar keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Wir sind natürlich auch bereit, uns an der weiteren Erarbeitung der Dokumente zu beteiligen und würden uns über eine entsprechende Rückinformation freuen.

Wir haben das vorliegende Papier bereits im März 2022 erarbeitet und auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene zur Diskussion vorgelegt, doch Rückmeldung erhielten wir nur vom Parteivorstand, mit dessen Mitgliedern Raul Zelik und Thies Gleiss wir produktive Diskussionen über unser Papier geführt haben. Da die angesprochenen Punkte noch immer aktuell sind, möchten wir sie euch hiermit erneut zur Diskussion stellen.